



BACKNANGER KLIMASTRATEGIE

VORWORT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Auswirkungen des Klimawandels spüren wir in allen Lebensbereichen.

Aktuelle Hitze- und Starkregenereignisse zeigen uns Grenzen auf, über die wir viele Jahre lang nur wenig nachdenken mussten. Nun haben wir in den letzten Jahren eigentlich schon genug Krisensituationen erlebt - allzu verständlich, wenn sich die Motivation, jetzt auch noch die Herausforderungen des Klimawandels anzupacken, nicht so leicht einstellt.

Was mir wichtig ist: Wir müssen nicht erschreckt die Hände in den Schoß legen – und wir dürfen es auch nicht! In Verantwortung gegenüber den Backnangerinnen und Backnangern der nächsten Generationen bitte ich Sie, gemeinsam die notwendigen Veränderungen anzugehen.

Als Stadtverwaltung wollen wir hier Vorbild und Unterstützung sein.

Mit der Backnanger Klimastrategie liegt ein Handlungsleitfaden vor, den wir gemeinsam mit Leben füllen wollen. Lassen Sie uns alle Energien bündeln – jede und jeder einzelne ist gefragt, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten!

Stefan Setzer
Erster Bürgermeister



Die Backnanger Klimastrategie zeigt auf, welche Veränderungen im Verhalten aller und welche neuen kommunalpolitischen Weichenstellungen nötig sind. Auf beides kommt es an, um durch ambitionierten Klimaschutz die Lebensgrundlage der nächsten Generationen zu erhalten.

Auch wenn andere Herausforderungen drängender erscheinen: Um die langfristigen negativen Folgen des Klimawandels zu vermeiden (oder zumindest zu minimieren), ist es notwendig, die Treibhausgasemissionen sehr zeitnah drastisch zu reduzieren. Die in der Backnanger Klimastrategie genannten Maßnahmen zeigen auf, dass in vielen Lebensbereichen teilweise große, manchmal auch unbequeme Veränderungen nötig sind. Aber unser Engagement bringt auch zusätzlichen Nutzen: Ein energetisch saniertes Gebäude hat z.B. einen höheren Wohnkomfort und eine kleinere Energiekostenrechnung, eine Stadt mit weniger und gezielt gelenktem PKW-Verkehr bietet mehr Platz für Menschen und damit mehr Aufenthaltsqualität, eine autarke Energieversorgung hilft, den Industrie- und Gewerbestandort Backnang zu sichern.

Das vorliegende Dokument ist nicht das Ziel unserer Bemühungen, sondern ein Wegweiser – aus Absichtserklärungen müssen umgesetzte Maßnahmen werden. Lassen Sie uns gemeinsam mit einem pragmatischen „Herz & Hand“-Klimaschutz die Backnanger Klimastrategie leben!

Simone Lebherz
Stabsstelle Klimamanagement Backnang

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINFÜHRUNG.....	4
2. VISION FÜR DEN KLIMASCHUTZ IN BACKNANG	5
3. RECHTLICHE GRUNDLAGEN	7
4. AUSGANGSLAGE IN BACKNANG.....	8
5. REDUKTIONSSTRATEGIEN	9
6. POTENZIALE LOKALER STROMERZEUGUNG	10
7. BÜRGERAKZEPTANZ UND –BETEILIGUNG	11
8. MASSNAHMENEMPFEHLUNGEN	13
8.1 Handlungsfeld Energieerzeugung und Wärmenetze	13
8.2 Handlungsfeld Sanieren, Bauen, Stadtentwicklung.....	14
8.3 Handlungsfeld Mobilität, Verkehr	15
8.4 Handlungsfeld Klimaneutrale Verwaltung.....	15
8.5 Handlungsfeld Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistung.....	16
8.6 Handlungsfeld Nachhaltiges Leben.....	17
8.7 Handlungsfeld Land- und Forstwirtschaft, Landnutzung.....	17
8.8 Handlungsfeld Klimafolgenanpassung	18
8.9 Handlungsfeld Transformationsstrukturen.....	18
8.10 Handlungsfeld Information, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit	18
9. MONITORING.....	19
10. TRANSFORMATIONSSTRUKTUREN.....	24
11. FAZIT UND AUSBLICK.....	28
ANLAGEN	28

Impressum:

Stabsstelle Klimamanagement klimamanagement@backnang.de
Stiftshof 16, 71522 Backnang 07191 894 560

Stand: November 2024

1. EINFÜHRUNG

Um die langfristigen negativen Folgen des Klimawandels zu reduzieren, müssen die Treibhausgasemissionen drastisch vermindert werden. Gleichzeitig ist es notwendig, sich auf die bereits eintretenden und noch kommenden Veränderungen vorzubereiten: Global steigende Meeresspiegel, extreme Wetterbedingungen und -ereignisse sowie Verluste bei Artenvielfalt und Biodiversität führen zur Zerstörungen von Infrastruktur und zu gesundheitlichen Gefahren.

Die Daseinsvorsorge mit Lebensmitteln, Energie, Wohn- und Erholungsraum wird herausfordernder. Knappheiten und Abhängigkeiten zeigen die Grenzen unserer wirtschaftlichen Verflechtungen und der Energie- und Ressourcenversorgung auf.

Der Ausbau erneuerbarer Energien und eine dadurch resilientere und weitgehend autarke Energieversorgung sind deshalb nicht nur eine Investition in Klima- und Umweltschutz, sondern insbesondere auch in den Wirtschafts- und Wohnstandort:



- **Autarkie:** Lokal erzeugte erneuerbare Energien reduzieren die Abhängigkeit von zentraler Versorgung und importierten Energieträgern. Die Nutzung kann mit Akteuren vor Ort organisiert werden, wodurch Wertschöpfung in der Region bleibt.
- **Kosteneffizienz:** Die Kosten für erneuerbare Energien sinken; die Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu fossilen Brennstoffen wird sich weiter verbessern. Neben sinkenden Erzeugungskosten ist der steigende CO₂-Preis einer der Einflussfaktoren auf diese Entwicklung.
- **Verfügbarkeit:** Sonne, Wind, Wasser und andere erneuerbare Energiequellen sind in den meisten Regionen verfügbar und können in Kombination mit geeigneten Speichermedien als Mix eine zuverlässige Energieversorgung sicherstellen.
- **Lebensqualität/Ökologie:** Die Erzeugung erneuerbarer Energien produziert keine schädlichen Emissionen, was die Luftqualität verbessert und andere direkte Umweltauswirkungen reduziert. Natur- und Artenschutzbelange können beim Ausbau erneuerbarer Energien individuell berücksichtigt werden, besonders wenn eine Mehrfachnutzung der verfügbaren Flächen möglich ist.
- **Standortvorteile:** Der Ausbau erneuerbarer Energien schafft direkt und indirekt Arbeitsplätze, ermöglicht ein effizientes Wirtschaften in Backnang und bietet dadurch einen Standortvorteil.

2. VISION FÜR DEN KLIMASCHUTZ IN BACKNANG



1. Die Stadt ist in den Bereichen Strom und Wärme weitestgehend unabhängig von fossilen Energieträgern. Das macht sie resilient und autark gegenüber Knappheiten und Kostenschwankungen in akuten Krisen. Die Energiewende wird von der Bevölkerung und den Unternehmen mitgetragen und unterstützt. Es gibt Möglichkeiten, selbst in erneuerbare Energien zu investieren und davon zu profitieren. Damit bleibt Wertschöpfung in der Region.

2. Bau und Betrieb kommunaler Infrastruktur sind soweit praktisch möglich klimaneutral.

Öffentliche Gebäude nehmen eine Vorbildfunktion ein. In der Verwaltung ist ein professionelles Energie- und Umweltmanagementsystem etabliert. Beim Bau oder der Sanierung kommunaler Gebäude werden vorrangig naturbasierte oder weiter- bzw. wiederverwertete Baustoffe eingesetzt. Die Rückbaufähigkeit ist gewährleistet.

3. Der Betrieb privater Wohn- und Nichtwohngebäude in Backnang ist klimaneutral, Neubauten werden klimaneutral errichtet. Geeignete Dach- und Fassadenflächen werden multifunktional zur Erzeugung von Energie sowie zur Verbesserung des Mikroklimas genutzt. Die Rückbaufähigkeit neu errichteter Gebäude ist sichergestellt und ermöglicht die Wiederverwendung oder Wiederverwertung.



4. Siedlungsräume werden maßvoll verdichtet und der Flächenverbrauch für Bauland im Außenbereich auf das unverzichtbare Maß begrenzt. Freigehaltene Landschaftsräume zwischen den Siedlungen sind sichtbar und stehen für eine vielfältige Nutzung zur Verfügung. Das Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ ist umgesetzt und trägt zur Verwirklichung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele in Backnang bei.

5. Die Unternehmen in der Stadt wirtschaften effizient, ressourcenschonend und klimaneutral ohne Kompensationsmaßnahmen. Die Betriebe haben geringe Energiekosten, da sie unabhängig der CO₂-Bepreisung wirtschaften. Der Wirtschaftsstandort Backnang ist überregional bekannt für seine Energiesicherheit und Resilienz. **Synergien zwischen den einzelnen Betrieben werden optimal ausgeschöpft.** Im Sinne einer lokalen kooperativen Wirtschaftsweise werden Ressourcen wie Gebäudebestand, Fuhrpark, Infrastrukturen, Dienstleistungen und Energiepotenziale (z.B. Abwärme) soweit möglich gemeinsam genutzt.

6. In Backnang gibt es **weniger motorisierten Verkehr bei gleichbleibender Mobilität** der Bevölkerung und **weiterhin guter Erreichbarkeit der Innenstadt**. Die umgesetzten Maßnahmen haben zu einer **Attraktivitätssteigerung im gesamten Stadtgebiet geführt**. Dem Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Fußverkehr) wird mehr öffentlicher Raum eingeräumt. Die Mobilitätsangebote in Backnang sind vernetzt verfügbar, für alle nutzbar und bezahlbar. Die gesamtgesellschaftlichen wie auch die lokalen Rahmenbedingungen ermöglichen es, dass die Menschen in Backnang im Bereich der Mobilität weitestgehend unabhängig sind von fossilen Energieträgern.



7. Die **Backnanger Landwirtschaft ist klimaneutral** in Bezug auf energetische Prozesse und nutzt Möglichkeiten zur Minderung nicht-energetischer Treibhausgasemissionen. **Der regionale Anbau trägt maßgeblich zur Lebensmittelversorgung** der Bevölkerung bei, die auf gesunde Ernährung und ressourcenschonende Produktion achtet. Der bereits begonnene Umbau des Waldes hin zu einem **klimaangepassten Wald** wird kontinuierlich weiterverfolgt. Alle Möglichkeiten zur natürlichen Kohlenstoff-Fixierung durch Zuwachs und Vorratsaufbau im Wald werden genutzt.

8. Die Bevölkerung legt Wert auf **effizient und energieschonend produzierte Waren**, die im örtlichen Einzelhandel erhältlich sind. Insbesondere durch gemeinschaftliche Nutzungskonzepte hat sich der absolute **Verbrauch an Ressourcen sowie der Müllanfall verringert**. Teilen, Leihen, Reparieren und Wiederverwerten sind etablierte Optionen.

9. Eine **gute Wohn- und Aufenthaltsqualität** für die Bevölkerung Backnangs ist auch **während anhaltender Hitzewellen** gewährleistet. Die Bevölkerung ist auf die zunehmenden Extremwetterereignisse vorbereitet und ergänzt im Rahmen der Eigenvorsorge die kommunalen Hochwasser- und Starkregenschutzmaßnahmen. Boden wird mit seiner Funktion **als Puffer bei extremen Wetterereignisse** als wichtiges Element wahrgenommen, geschützt und aufgewertet. Existenzbedrohende wirtschaftliche Folgen in Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Industrie sind aufgrund umgesetzter Anpassungsmaßnahmen minimiert, ebenso wie klimawandelbedingte gesundheitliche Belastungen. Der Verlust von Biodiversität ist deutlich reduziert.

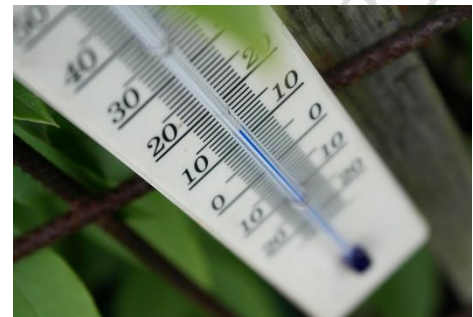


10. Die Bevölkerung und die Unternehmen in Backnang sind über die Bedeutung und Folgen des Klimawandels und **über die städtische Klimastrategie informiert und tragen die Maßnahmen mit**. Die Transformation zur klimaneutralen Stadtgesellschaft ist sozialverträglich gestaltet. Der Prozess hat bildungsferne oder ökonomisch sensiblere Gesellschaftsschichten nicht abgehängt, sondern durch aktive Beteiligung eingebunden und unterstützt.

3. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Im Jahr 1997 wurde das **Kyoto-Protokoll** von den Vereinten Nationen angenommen, 2005 ist es in Kraft getreten. Es war der weltweit erste völkerrechtlich verbindliche Vertrag zur Eindämmung des Klimawandels. Die beteiligten Staaten verpflichteten sich darin, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu senken, die Industrieländer erklärten sich zudem bereit, die eigenen Emissionen **um durchschnittlich 5,2 % bis spätestens 2012 gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren**. In der zweiten Verpflichtungsperiode von 2013 bis 2020 einigten sich die Vertragsstaaten, ihre Emissionen **bis 2020 um insgesamt 18 % gegenüber 1990 zu reduzieren**.

Nach der **gescheiterten Klimakonferenz in Kopenhagen 2009** fand ein **Paradigmenwechsel** statt: Da keine Einigung auf verbindliche Reduktionspfade zu Stande kam, wurde vom Weltklimarat ein **maximales CO₂-Budget** errechnet, das noch emittiert werden darf, um die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C beziehungsweise 2°C zu begrenzen. Im **Paris Agreement 2015** verpflichteten sich die **Vertragsstaaten sogenannte Klimaschutzbeiträge** einzureichen. Die Summe der eingereichten Beiträge zeigte die Lücke zu diesem **maximalen CO₂-Budget** auf.



Während den Verhandlungen wurde erstmals die Treibhausgas- bzw. Klimaneutralität bis 2050 anvisiert und der Begriff „Netto-Null“ geprägt. Im Paris-Agreement wurde die **„Netto-Treibhausgasneutralität“ bis spätestens 2050** festgehalten – sie prägt seither das Ziel der globalen Klimapolitik.

Im September 2019 bekannte sich die Bundesrepublik Deutschland auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen in New York zu dem langfristigen Ziel der **„Treibhausgasneutralität“ bis 2050** und verabschiedete im Dezember 2019 das Bundes-Klimaschutzgesetz. Darin sind eine THG-Minderungsquote von mindestens 55% bis 2030 (bezogen auf das Jahr 1990) als Zwischenziel gesetzlich verankert und Jahresemissionsmengen festgelegt. In § 15 wird der Begriff der **Klimaneutralität** verankert. Demnach setzt der Bund sich zum Ziel, die „Bundesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu organisieren“.

Auf Grund eines Urteils des Verfassungsgerichts, das die Unvereinbarkeit der Regelungen mit den Grundrechten feststellte, wurden die Ziele am 24. Juni 2021 auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65% bis 2030 und 88% bis 2040 (jeweils bezogen auf das Basisjahr 1990) verschärft. **Bis 2045** sollen nun in Deutschland die Treibhausgasemissionen soweit gemindert sein, dass eine **„Netto-Treibhausgasneutralität“** (bezogen auf das Territorium Deutschlands) erreicht wird. Nach dem Jahr 2045 sollen in Deutschland negative Treibhausgasemissionen erreicht werden.

Das Land Baden-Württemberg formuliert eigene verschärfte Klimaziele: **Bis 2040 soll Netto-Treibhausgasneutralität („Klimaneutralität“)** erreicht sein. Am 01.02.2023 wurde das Klimawandel- und Klimaanpassungsgesetz Baden-Württemberg verabschiedet. Das Gesetz entspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, wonach das Staatsziel Umweltschutz im Grundgesetz neben dem Bund auch die Länder zum Klimaschutz verpflichtet, weil „die Klimaschutzziele des Bundes ohne Durchführungsmaßnahmen und eigene Gesetzgebung in den Bundesländern gar nicht zu erreichen“ seien. Zusätzlich zum Klimaschutz solle zudem auch die **Klimawandelanpassung** sichergestellt werden.

4. AUSGANGSLAGE IN BACKNANG

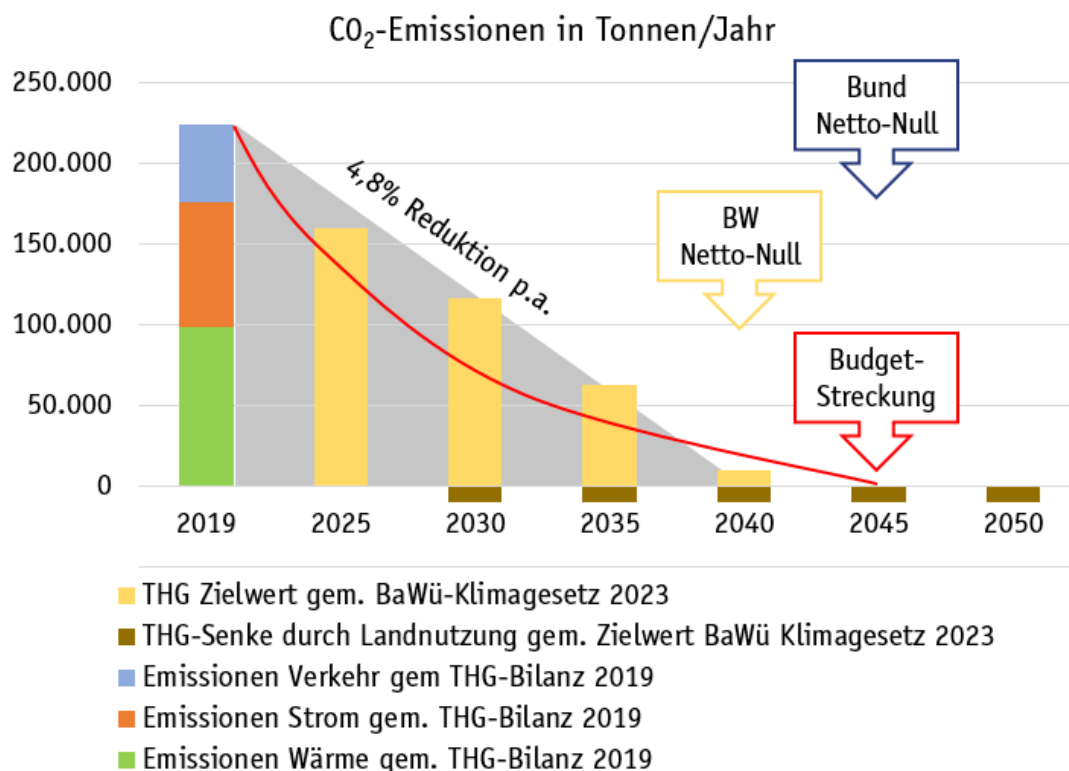
Ende 2023 wurde die Energieagentur Rems-Murr mit der Erstellung einer Treibhausgas-Bilanz für Backnang beauftragt, um die Menge der heutigen Emissionen festzustellen und künftige Entwicklungen sichtbar zu machen. Das Ergebnis sowie detaillierte Informationen zur Berechnungsmethode sind in der Bilanz beschrieben. Sie ist der Backnanger Klimastrategie als Anlage beigefügt. Zum Beauftragungszeitpunkt lagen die statistischen Daten, die nach der Bilanzierungsmethode BICO2 BW erforderlich sind, nur zum Stand 2019 vor. Mittlerweile wäre es möglich, die Bilanz auf einer Datenbasis von 2022 zu erstellen. Allerdings hätten die neueren Zahlen nur marginale Abweichungen zur Folge.

Es ist davon auszugehen, dass die notwendigen Daten seitens des statistischen Landesamtes künftig zeitnäher zur Verfügung gestellt werden. **Eine Aktualisierung der Bilanz ist in einem Rhythmus von drei Jahren sinnvoll.**

Die THG-Bilanz ermöglicht die Darstellung einer Ausgangslage. Diese entspricht allerdings nicht umfänglich der realen Menge an THG-Emissionen in Backnang, da die Daten teilweise nicht vor Ort gemessen, sondern nur statistisch erhoben werden können (z.B. Verkehrsdaten). Dennoch zeigt die Bilanz ausreichend konkret Handlungsbedarfe und – bei regelmäßiger Erhebung – Entwicklungen auf.

Die Werte und grafischen Darstellungen der THG-Bilanz sind der Anlage zu entnehmen. In der folgenden Grafik sind Emissionswerte aus der THG-Bilanz zusammen mit den rechtlichen Vorgaben von Bund und Land dargestellt. Dabei wird deutlich, dass eine **jährliche Reduktion der Emissionen um 4,8%** bereits sehr ambitioniert ist, eine Budgetstreckung aber nur möglich wird, wenn zeitnah noch deutlichere Minderungen realisiert werden können.

Abbildung 1: CO₂-Emissionen in Backnang



5. REDUKTIONSSTRATEGIEN

Die Notwendigkeit, rasch und effektiv Treibhausgasemissionen zu reduzieren, macht es erforderlich, in allen Bereichen des Lebens und des Wirtschaftens gleichzeitig Aktivitäten anzustoßen und voranzubringen. Ein Abwarten auf die vermeintlich günstigste Maßnahme führt nicht zum Ziel. Insbesondere die aufwändigeren Maßnahmen wie der Auf- und Umbau von Infrastruktur müssen zügig und konsequent in die Wege geleitet werden.



Da die Einflussmöglichkeiten einer Kommune begrenzt sind, hängen Reduktionserfolge stark von den von Bund und Land vorgegebenen, mitunter wechselnden Rahmenbedingungen ab. Darauf gilt es flexibel zu reagieren.

Langfristige und unverrückbare Pläne sowie aufwändige Berechnungen, mit welchen Maßnahmen in welcher Zeit das Ziel zu erreichen sein könnte, sind deshalb nur in wenigen Bereichen sinnvoll, binden sie doch ohnehin knappe Ressourcen und verzögern das konkrete Angehen von Maßnahmen.

Potenzial- und Nutzenberechnungen sollten sich deshalb auf die Bereiche beschränken, in denen sie einen tatsächlichen Mehrwert bieten, die Stadt relevanten Einfluss nehmen kann und zur Erfolgskontrolle reale Kennzahlen zur Verfügung stehen.

Bei der in der Kommunalen Wärmeplanung beschlossenen Wärmepumpenoffensive für den Stadtteil Strümpfelbach ist es beispielsweise nicht seriös möglich, eine erreichbare CO₂-Reduktionsmenge zu berechnen:

- Es kann nur geschätzt werden, wie hoch die Anzahl der Hausbesitzer sein wird, die sich aufgrund der städtischen Initiative für einen Wechsel auf diese Technologie entscheiden.
- Spezifische CO₂-Emissionen der Gebäude, in denen eine neue Wärmepumpe installiert wird, sind nicht verfügbar.
- Auswertungen zur Anzahl der dort installierten Wärmepumpen sind nur bei Pumpen mit eigenem Zähler möglich.

Auch im Bereich der Mobilität liegen wenig reale Messzahlen vor. Eine Potenzialberechnung auf Basis der (statistischen) Daten aus der THG-Bilanz und ein Abgleich nach erfolgter Maßnahme mit neuen, aber ebenfalls statistischen Daten hat deshalb ebenfalls keine nennenswerte Aussagekraft.

Wie die dargestellten Beispiele zeigen, sind rasche und ambitionierte Entscheidungen erfolgsversprechender als fiktive, oftmals auf statistischen Werten basierende Berechnungen und aufwändig erstellte Strategien. Darüber hinaus ist eine konsequente **Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen sinnvoll**, die **vorausschauende Planung** nächster Schritte und ein großes Maß an **Flexibilität im Umgang mit den Gegebenheiten**.

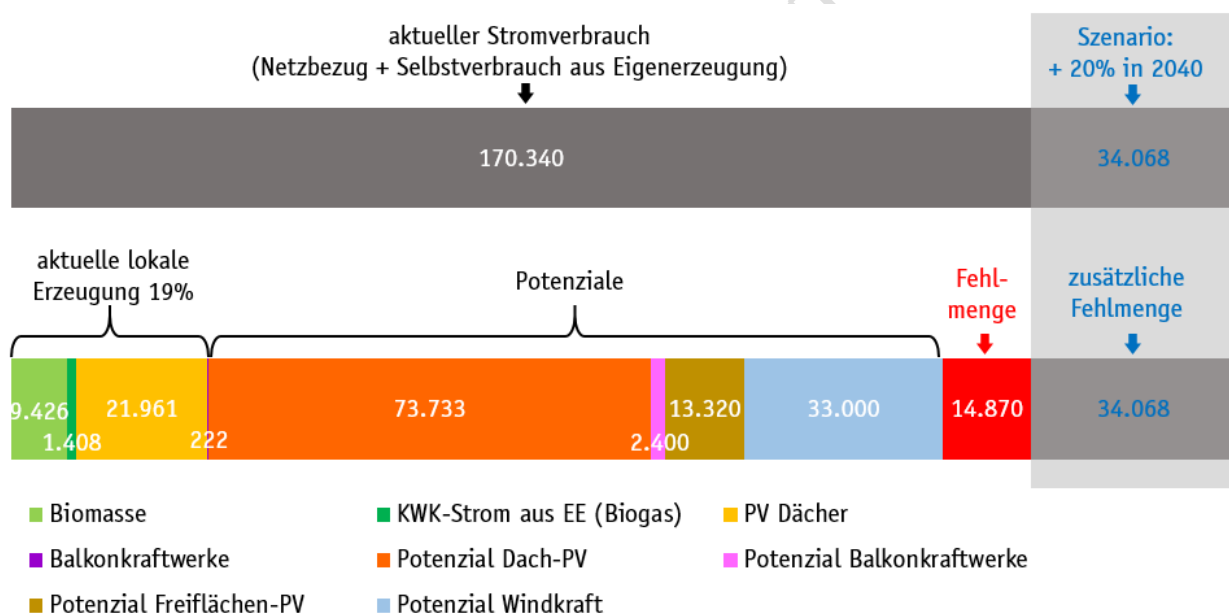
6. POTENZIALE LOKALER STROMERZEUGUNG

Bei der Schöpfung lokaler Energiepotenziale stehen Backnang nur relativ wenig Optionen zur Verfügung. Aktuell beschränkt sind die Produktion von erneuerbaren Energien auf Strom und Wärme aus Biomasse inkl. Deponiegas sowie Strom aus Photovoltaik.

Wünschenswert wäre, wenn durch die aktuell angestoßenen Untersuchungen und technologischen Weiterentwicklungen noch andere alternative Energiequellen erschlossen werden könnten, wie z.B. Erdwärme und Wärme aus Abwasser.

Auf Basis der derzeit realisierbar scheinenden Potenziale zur lokalen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist in nachfolgender Grafik ein mögliches Szenario dargestellt. Deutlich wird, dass **die Abdeckung des lokalen Stromverbrauchs sehr ambitioniert, aber nicht völlig unmöglich** scheint, wenn alle genannten Potenziale ausgeschöpft werden. Allerdings darf der Stromverbrauch nicht nennenswert steigen. Aufgrund der zusätzlichen Bedarfe durch E-Mobilität und Wärmepumpen müssen deshalb weitere Stromsparerpotenziale ausgeschöpft werden.

Abbildung 2: Stromverbrauch und Potenziale lokaler Stromerzeugung (Angaben in MWh/a)



Erläuterungen:

- Abweichungen zur THG-Bilanz bei Gesamtverbrauch und Stromerzeugung aus PV: eigenverbraucher, selbsterzeugter PV-Strom ist in der THG-Bilanz nicht berücksichtigt
- Annahme für Potenzial PV-Anlagen: PV auf 75% aller Dächer von Wohn- und Nichtwohngebäuden (nur Gebäude mit Wasseranschluss, keine Scheunen, Garagen, o.ä.) => ca. 5.000 weitere Anlagen
- Annahme für Potenzial Balkonkraftwerke: Anlagen in jedem 4. Haushalt => ca. 3.400 weitere Anlagen
- Annahme Potenzial Freiflächen-PV: 25% der aktuell als geeignet eingestuft Flächen gem. Berechnungen Stadtplanungsamt und geplanten Vorbehaltsgebieten Regionalplan (=29,6 ha)
- Potenzial Windkraft: Planung mit drei Windkraftanlagen auf Backnanger Gemarkung

7. BÜRGERAKZEPTANZ UND –BETEILIGUNG

Ambitionierter Klimaschutz benötigt das Engagement der gesamten Stadtgesellschaft. Das macht notwendig, die Sichtweisen vieler unterschiedlicher Menschen in der Maßnahmenplanung zu berücksichtigen und einen tragfähigen Konsens zu finden, welchen Beitrag die Stadt aus Sicht der Bürger leisten kann, um bis spätestens 2040 klimaneutral zu sein.

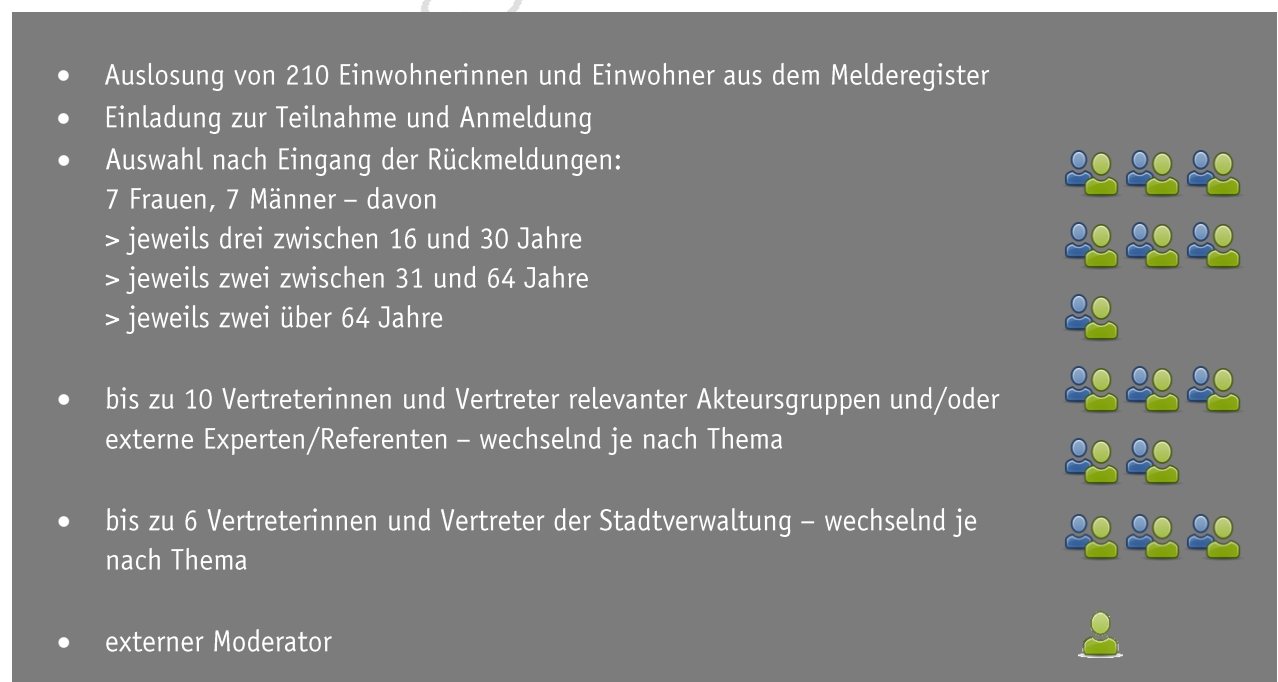
Mit der Entscheidung, ein **temporäres Klimaforum** einzurichten, hat die Stadt Backnang neue Wege der Bürgerbeteiligung in der Stadt beschritten.

Folgende Ziele wurden angestrebt:

- Erarbeitung eines tragfähigen Klimakonsenses für den ambitionierten Klimaschutz in Backnang auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse aus vorhandenen Konzepten und Planungen, z.B. der Kommunalen Wärmeplanung und Fachkonzepten der Mobilitäts- und Umweltplanung
- Expertise aus der Bürgerschaft nutzen
- Erstellung der „Backnanger Klima-Empfehlung“ zur Vorlage und Verabschiedung im Gemeinderat
- Bewusstsein schaffen in der Bevölkerung für städtische Klimaschutzmaßnahmen
- Engagement der Stadtgesellschaft für den Klimaschutz fördern

Per Zufallsgenerator wurden 210 Bürgerinnen und Bürger aus dem Melderegister ausgewählt und aufgefordert, sich um einen der 14 Plätze im Klimaforum zu bewerben. Die Gruppe wurde ergänzt um (überwiegend lokale) Expertinnen und Experten zu einzelnen Themen, befasste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und einen externen Moderator.

Abbildung 3: Zusammensetzung Klimaforum



In insgesamt fünf Workshops haben die Teilnehmer des Klimaforums über Ziele und konkrete Maßnahmen des Klimaschutzes beraten. Erarbeitet wurden Empfehlungen zu folgenden Themenkomplexen:

- **Strom und Wärme**
- **Mobilität**
- **Nachhaltiges Leben**
- **Klimafolgenanpassung**

Die Ergebnisse wurden im Abschlussworkshop verdichtet und als „Backnanger Klimaempfehlung“ finalisiert. Die einzelnen Empfehlungen sind als wichtiger Beitrag in den Maßnahmenkatalog der Klimastrategie eingeflossen und dort entsprechend gekennzeichnet. Die Klimaempfehlung liegt diesem Dokument als Anlage bei.



Die Diskussionsschwerpunkte und Priorisierungen in den Workshops, die von Februar bis Juli 2024 stattgefunden haben, sind eine Momentaufnahme. Die Klimaempfehlung kann deshalb ebenso wie alle anderen Maßnahmenempfehlungen nicht dazu dienen, über Jahre hinweg alleinige Handlungsmaxime zu sein. Sie macht auch nicht weitere Beteiligungsformate obsolet.

Von den Teilnehmenden wurden die Aufstockung der personellen Ressourcen für Beratung und Information sowie eine motivierende Öffentlichkeitsarbeit deutlich höher priorisiert als monetäre Förderprogramme.

Im Prozess der Transformation ist es wichtig, regelmäßig mit der Stadtgesellschaft tragfähige Vereinbarungen abzustimmen, um eine möglichst große Zustimmung und Mitmachbereitschaft zu erhalten.

Weitere Beteiligungsschritte sollten zeitnah angegangen werden. Denkbar wäre beispielsweise, von der Verwaltung oder externen Planern erstellte Konzepte und Pläne zunächst interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen und eine Empfehlung erarbeiten zu lassen,

ehe die Dokumente im Gemeinderat diskutiert und verabschiedet werden. Ggfls. bieten sich dafür die in Arbeit befindliche Fortschreibung des Mobilitätskonzepts und die zeitnah vorgesehene Klimafolgenanpassungsstrategie an.

Wie bei allen Beteiligungsprozessen ist es wichtig, bei den Teilnehmenden keine falschen Erwartungen zu wecken: Eine von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitete Empfehlung kann nicht die Entscheidung des Gemeinderates ersetzen. Vielmehr soll sie den Mitgliedern des Gremiums zusätzliche Information, wichtiges Meinungsbild und damit wertvolle Entscheidungshilfe sein.

8. MASSNAHMENEMPFEHLUNGEN

Für die Backnanger Klimastrategie wurden 10 Handlungsfelder definiert:

- HF1 Energieerzeugung und Wärmenetze
- HF2 Sanieren, Bauen, Stadtentwicklung
- HF3 Mobilität, Verkehr
- HF4 klimaneutrale Verwaltung
- HF5 Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistung
- HF6 Nachhaltiges Leben
- HF7 Land- und Forstwirtschaft, Landnutzung
- HF8 Klimafolgenanpassung
- HF9 Transformationsstrukturen
- HF10 Information, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit

Nachfolgend werden die einzelnen Felder beschrieben und Handlungsbedarfe, Potenziale und Handlungsoptionen benannt. Die Steckbriefe in der Anlage geben Auskunft über bereits abgeschlossene und laufende Maßnahmen im jeweiligen Handlungsfeld und formulieren konkrete Maßnahmenvorschläge.

8.1 HANDLUNGSFELD ENERGIEERZEUGUNG UND WÄRMENETZE

Wie bereits im Kapitel „Potenziale Kommunalen Stromerzeugung“ dargestellt, ist die Zahl der in Backnang verfügbaren Energiequellen sehr limitiert. Welche Potenziale sich durch Geothermie und Wasserstoff ergeben könnten, wird sehr stark von staatlichen Förderungen und technologischen Weiterentwicklungen abhängen, die sich in sinkenden Energieproduktionskosten niederschlagen.



Gleiches gilt für Ansätze wie Agri-Photovoltaik oder die Überdachung von Parkplätzen mit PV-Modulen. Solche Anlagen sind zwar im Hinblick auf die nicht notwendige zusätzliche Flächenversiegelung hochattraktiv für Backnang, in der Regel ist aber noch keine wirtschaftliche Stromproduktion möglich.

Wie effektiv alle diese Potenziale ausgeschöpft werden können, hängt neben Fragen der Regulatorik, der persönlichen Eigeninteressen und politischen Vorgaben auch davon ab, ob innerhalb der Verwaltung Ressourcen für Beratung und Begleitung zur Verfügung gestellt werden und die Stadt selbst Projekte initiiert bzw. aktive Umsetzungspartnerschaften anstrebt. Aus monetärer Sicht kann dies für die Stadt sehr sinnvoll sein.

Da oftmals zunächst Rahmenbedingungen geschaffen und politische Zielvorstellungen formuliert werden müssen, sollten Stadt und Stadtwerke gemeinsam den Ausbau erneuerbarer Energien angehen. Dies ist insbesondere auch vor dem Hintergrund zielführend, dass für die Stadtwerke in den nächsten Jahren der Ausbau des Nahwärmenetzes ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt ist.

Versteht sich die Stadt als treibender Akteur und kompetente, neutrale Anlaufstelle für die lokale Energieproduktion, können auch alternative Marktteilnehmer eingebunden werden. Dies ist insbesondere

mit Blick auf Privatpersonen und Betriebe aus Backnang wichtig: Die Bereitschaft, sich finanziell an Energieprojekten vor Ort zu beteiligen, ist grundsätzlich vorhanden und sollte bedient werden. Insbesondere von der Bevölkerung getragene Genossenschaften haben sich hierbei in der Vergangenheit als umsetzungsstarke Akteure bewährt.

Ambitioniert die Solarisierung der Backnanger Dächer anzugehen und das Potenzial dieser „bodenschonenden“ Energiequelle maximal auszuschöpfen, ist eine besonders wichtige strategische Maßnahme. Nach den mittlerweile beendeten kommunalen Förderprogrammen für kleine Dach-PV-Anlagen und Balkonkraftwerken, sollten zeitnah weitere Anlagentypen in den Blick genommen werden. So werden z.B. die Dächer von Mehrfamilienhäusern noch eher selten zur Energieerzeugung genutzt, weil die Volleinspeisung des erzeugten Stroms wirtschaftlich nicht besonders interessant ist. Das sogenannte Mieterstrommodell ist vielen Gebäudebesitzern aufgrund der sehr komplexen Vorgaben zu kompliziert. Eine einfachere, für „normale“ Hausbesitzer bewältigbare Lösung ist das Modell der „gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung“. Dabei wird der auf dem Dach produzierte Strom an die Nutzer verteilt, diese haben aber für ihren weiteren Strombedarf nach wie vor einen Vertrag mit einem anderen Stromanbieter. Der Gebäudebesitzer muss deshalb nicht umfänglich Stromlieferant werden und bei Bedarf auch Strom extern einkaufen. Das vereinfacht die Abwicklung erheblich.

Die Stadtwerke Backnang könnten die „gemeinschaftlichen Stromversorgung in Mehrfamilienhäusern“ offensiv bewerben – sie haben aber keinen wirtschaftlichen Nutzen von diesem Versorgungsmodell.

Die notwendigen intelligenten Messsysteme für die „gemeinschaftliche Gebäudeversorgung (gGV)“ sind mittlerweile auf dem Markt und können von den Netzbetreibern angeboten werden.

Mit Informationsveranstaltungen, individuellen Beratungsangeboten und einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit kann die Stadt dazu beitragen, dass das Sonnenpotenzial der Backnanger Dächer optimal ausgenutzt wird.

8.2 HANDLUNGSFELD SANIEREN, BAUEN, STADTENTWICKLUNG



Besitzer von Gebäuden mit Sanierungsbedarfen sind mit hochkomplexen gesetzlichen Vorgaben, einer Vielzahl an Förderprogrammen und unterschiedlichsten technischen Lösungsmöglichkeiten konfrontiert. Dadurch sinkt die Motivation, notwendige Sanierungen anzugehen, wenn es aus subjektiver Sicht noch nicht zwingend erforderlich ist (z.B. weil die alte Heizung noch funktioniert). Hohe Kosten für energetische Maßnahmen, wie z.B. die Dämmung von Dächern und Fassaden oder den Austausch von Fenstern, befördern diesen

Trend noch zusätzlich – und natürlich die Wahrnehmung, dass die Preise für manche fossile Energieträger in den letzten Jahren wieder eher gesunken als gestiegen sind.

Die „Sanierungswilligkeit“ zu fördern, ist deshalb ein wichtiger Hebel, den die Stadt für das Erreichen der Klimaneutralität ansetzen kann. Qualitätvolle Beratungsangebote und das Sichtbarmachen von guten Sanierungsbeispielen sind dabei wichtige Faktoren.

Darüber hinaus kann die Stadt durch planerische Vorgaben dazu beitragen, dass neue Stadtquartiere ressourcenschonend geplant, entwickelt und gelebt werden.

8.3 HANDLUNGSFELD MOBILITÄT, VERKEHR

Die THG-Emissionen im Verkehrssektor lagen im Jahr 2019 bei 6 Tonnen pro Einwohner. Dieser Wert ist auf Grundlage statistischer Daten (u.a. Betriebsleistung ÖPNV & Schienenpersonennahverkehr) ermittelt, da keine spezifischen, in Backnang erhobenen Daten aus Zählungen oder Befragungen vorliegen. Im Vergleich mit den Daten von Baden-Württemberg liegt Backnang unter dem Landeswert von 8,1 Tonnen/Einwohner. Diese Differenz ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass auf Backnanger Gemarkung kein Autobahnverkehr in der Bilanzierung zu berücksichtigen ist.

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dennoch das Verkehrsaufkommen und die damit verbundenen Belastungen, insbesondere in der Innenstadt und auf den Haupteinfahrstraßen, als belastend wahr und wünschen sich eine Reduzierung des PKW- und LKW-Verkehrs in bestimmten Bereichen. Gleichzeitig soll gerade die Innenstadt weiterhin gut erreichbar bleiben – ein vermeintlicher Widerspruch, dem aber mit intelligenter Zonierung - insbesondere beim Parken - und einer schlüssigen Verkehrslenkung begegnet werden kann.

Mit der Schaffung attraktiver und sicherer Wege und Wegeverbindungen, einem modernen Parkraummanagement und dem Ausbau einer für klimaschonende Mobilität sensibilisierenden und motivierenden Öffentlichkeitsarbeit kann die Stadt einen Beitrag zur Reduzierung der THG-Emissionen im Verkehrssektor leisten.



8.4 HANDLUNGSFELD KLIMANEUTRALE VERWALTUNG



Größte Herausforderung im Handlungsfeld „Klimaneutrale Verwaltung“ sind die kommunalen Liegenschaften. Mehr als 100 Gebäude befinden sich im Besitz der Stadt, bisher werden sie zum allergrößten Teil mit Gas beheizt, teilweise sind Blockheizkraftwerke im Einsatz. An vielen Gebäuden gibt es noch Energieeinsparpotenziale durch Dämmung von Fassade und Dach, Fenster- und Heizungstausch, Maßnahmen an der technischen Gebäudeausstattung/-steuerung und Einflussnahme auf das Nutzerverhalten (Lüften, Beleuchten, Heizen). Außerdem bieten die kommunalen Dachflächen

ein hohes Potenzial für die Energieerzeugung. Seit der Anpassung des Denkmalschutzgesetzes von Baden-Württemberg im April 2023 ist die Installation von Solaranlagen auch auf vielen denkmalgeschützten städtischen Gebäuden grundsätzlich möglich, was weitere Umsetzungsoptionen eröffnet hat. Hierbei entsteht allerdings in der Regel ein erheblicher Aufwand zur Ertüchtigung der Dachtragwerke.

*Stand 31. Dezember 2024:
31 Photovoltaikanlagen auf
kommunalen Gebäuden, davon
20 in städtischem Besitz (inkl.
Stadtentwässerung Backnang)*

Das derzeit im Aufbau befindliche städtische Energiemanagement leistet einen wichtigen Beitrag, um die Energieeffizienz zu optimieren, u.a.

durch die kontinuierliche Überwachung der Energieverbräuche. Diese werden im jährlichen Energiebericht benannt und erläutert. Weitere Informationen finden sich im Kapitel „Transformationsstrukturen“.

Auch wenn der kommunale Energieverbrauch am Gesamtenergiebedarf Backnangs nur einen Anteil von ca. 2% hat, kommt der Stadt eine besondere Vorbildfunktion zu: Aufforderungen an private Hausbesitzer, durch Sanierungen und eigene Stromerzeugung einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Energiewende zu leisten, werden bei der Zielgruppe nur schwer verfangen, wenn die Stadt selbst mit weniger

Ambitionen vorgeht, als sie einfordert. Hier verkauft sich die Stadt bisher „unter Wert“: vorbildhafte Maßnahmen werden oft nicht in den Kontext „Klimaschutz“ gestellt. Welche enormen Energieeinsparungen ein städtisches Gebäude z.B. nach umfänglichen Sanierungsmaßnahmen erzielt, wird im Stadtbild nicht wahrgenommen und kann deshalb auch nicht positiv – und im besten Fall motivierend – in die Stadtgesellschaft hineinwirken.

Umgesetzte Maßnahmen sollten deutlich intensiver beworben werden, z.B. durch Hinweisschilder an den Gebäuden, aber natürlich auch über die klassischen Kommunikationswege social media und Printmedien. Im Kapitel MONITORING (ab Seite 19) werden Maßnahmen zur Überwachung und Sichtbarmachung von Reduktionserfolgen beschrieben. Die Entwicklung von Energieverbräuchen ausgewählter kommunaler Gebäude sowie die Solarisierung kommunaler Dächer liefern Kennzahlen, die im Rahmen dieses Monitorings dargestellt und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten.

Neben den energetischen Maßnahmen sollte die „Klimaneutrale Stadtverwaltung“ auch ihren Fokus auf **nachhaltige Beschaffung, Energiesparsamkeit, Müllvermeidung, einen emissionsarmen Fuhrpark und das Mobilitätsverhalten der Mitarbeitenden** legen. Hier gilt es, durch entsprechende Zielvereinbarungen und Zuweisung von Verantwortlichkeiten richtungsweisende Akzente zu setzen.

8.5 HANDLUNGSFELD INDUSTRIE, GEWERBE, HANDEL, DIENSTLEISTUNG

Der Wirtschaftsstandort Backnang ist vergleichsweise heterogen aufgestellt. Das stabilisiert die Ertragskraft, wenn sich einzelne Branchen in besonders herausfordernden Zeiten befinden. Die Akteure in Backnang auf dem Weg zum THG-neutralen Wirtschaften zu unterstützen, ist durch die sehr unterschiedlichen Interessenslagen allerdings aufwändig: nutzerspezifische Beratungsangebote, insbesondere für die energieintensiven Branchenvertreter und die Schaffung von Vernetzungsplattformen für das „Energie-Sharing“ (z.B. Abwärmenutzung) stehen im Fokus der geplanten kommunalen Maßnahmen.

Durch den bedarfsgerechten Netzausbau und die Bereitstellung von idealerweise klimaneutral erzeugter, kostengünstiger Energie engagieren sich die Stadtwerke Backnang in ihrer Eigenschaft als Netzbetreiber für das Gelingen der Transformationsprozesse in den einzelnen Branchen.



8.6 HANDLUNGSFELD NACHHALTIGES LEBEN



Leihen statt kaufen, reparieren statt wegwerfen, regional konsumieren – diese Trendthemen berühren sehr persönliche Verhaltensmuster der Menschen in der Stadt. Eine Kommunalverwaltung mit „erhobenem Zeigefinger“ ist in diesem Bereich fehl am Platz. Stattdessen sollen die kommunalen Aktivitäten darauf abzielen, die Wahrnehmbarkeit vorhandener Angebote zu stärken und ehrenamtliches Engagement zu fördern. So kann Nachhaltigkeit im Alltag positiv erlebt werden – von Menschen in allen Lebenssituationen.

8.7 HANDLUNGSFELD LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, LANDNUTZUNG

Im Jahr 2023 war die deutsche Landwirtschaft für knapp 8% der gesamten Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) verantwortlich. Dieser Wert erhöht sich auf knapp 9%, wenn die Emissionsquellen der mobilen und stationären Verbrennung mitberücksichtigt werden.

Knapp zwei Drittel der THG-Emissionen innerhalb des Landwirtschaftssektors sind Methan-Emissionen. Sie entstehen bei Verdauungsprozessen, aus der Behandlung von Wirtschaftsdünger sowie durch Lagerungsprozesse von Gärresten aus nachwachsenden Rohstoffen der Biogasanlagen.



In der THG-Bilanz der Stadt Backnang sind die Emissionen aus der Landwirtschaft nicht separat dargestellt. Dennoch ist es sinnvoll, auch in diesem Bereich nach Ansätzen zu suchen, um den THG-Ausstoß zu reduzieren. Die Stadt sieht sich insbesondere als Unterstützer bei der Realisierung von Agri-PV-Projekten. Weitere Ansätze sind z.B. die Förderung des regionalen Konsums und die Ermöglichung von ressourcenschonenden Gemeinschaftsprojekten.

8.8 HANDLUNGSFELD KLIMAFOLGENANPASSUNG



Backnang hat aus der leidvollen Erfahrung mit Überflutungen gelernt und bereits vor vielen Jahren damit begonnen, wirkungsvolle bauliche und organisatorische Hochwasserschutzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Das Schadenspotential im Hochwasserfall konnte mittlerweile deutlich reduziert werden. Trotzdem besteht weiterhin Handlungsbedarf: Die Extremwetterereignisse scheinen hinsichtlich Intensität und Häufigkeit zuzunehmen – das macht ggf. Nachjustierungen erforderlich. Ein Klimafolgenanpassungskonzept soll die künftige

Stadtentwicklung unterstützen und grundsätzliche Lösungen für die relevanten Handlungsfelder aufzeigen.

Neben Hochwasser und Starkregen wird die Bevölkerung Backnangs in den nächsten Jahren auch zunehmend mit extremen Hitzeereignissen konfrontiert werden. Auch darauf kann reagiert werden: mit Hitzeschutzkonzepten, dem Freihalten von Kaltluftentstehungs- und Kaltluftabflußbahnen, der Schaffung von kühlen Orten, innovativen Begrünungsmaßnahmen, Beschattungs- und insbesondere Gebäudekühlungskonzepten. Im Klimafolgenanpassungskonzept werden Handlungsoptionen für Gebiete und Stadtquartiere mit ihren unterschiedlichen Betroffenheiten untersucht und verortbare Maßnahmenvorschläge erarbeitet und priorisiert.

8.9 HANDLUNGSFELD TRANSFORMATIONSSTRUKTUREN

Klimaschutz ist in vielen Bereichen der Verwaltung ein „zusätzliches“ Thema, das einen Teil der ohnehin knappen Ressourcen benötigt, um in eine ambitionierte Umsetzung zu kommen. Dazu werden optimale, effiziente Strukturen benötigt und klar definierte hausinterne Erwartungshaltungen.

Aufgrund der Bedeutung dieser Aufgabe beinhaltet die Backnanger Klimastrategie ein eigenes Kapitel zum Thema „Transformationsstrukturen“. Ab Seite 24 werden zentrale, strategische Überlegungen erläutert.



8.10 HANDLUNGSFELD INFORMATION, BERATUNG, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Die städtischen Kommunikationskanäle erreichen viele Menschen in der Stadt. Sie dafür zu nutzen, klimarelevante Themen zu transportieren, bietet sich deshalb an. Dabei sollte der Schwerpunkt auf motivierenden Beiträgen liegen und nicht auf die Darstellung von ängstigenden Szenarien und moralisierenden Aussagen.

Sinnvoll ist die kontinuierliche und qualitätvolle Weitergabe von Informationen und Tipps sowie die Berichterstattung über vorbildhaftes Handeln. Damit positioniert sich die Stadtverwaltung als ambitionierter Akteur in einer motivierten, klimasensiblen Stadtgesellschaft. Ein gemeinsames Label für klimarelevante Aktivitäten erhöht die Wiedererkennbarkeit und die Zuordnung zum Klimazweck. Das bereits entwickelte Logo „Gutes Klima Backnang“ sollte deshalb stärker beworben und „vermarktet“ werden.

9. MONITORING

Langfristige Transformationsprozesse machen es erforderlich, regelmäßig zu prüfen, ob man noch auf dem „richtigen Weg“ ist und welche Teilerfolge erreicht wurden. Im Idealfall bietet der qualifizierte Blick auf Meilensteine und Kennzahlen die Chance, frühzeitig nachzujustieren.

Im Bereich des Klimaschutzes kommt einem solchen Monitoring eine weitere Bedeutung zu: Weil Erfolge oft nicht im Alltag wahrgenommen werden können und der zentral gewünschte Effekt – die Reduzierung der Treibhausgase – ein Generationenprojekt ist, hilft die dokumentierte und kommunizierte Entwicklung (idealerweise) dabei, die nötige Motivation zu erhalten.

Ein hilfreiches Monitoring braucht eine „echte“ Datenbasis, also lokal erhobene, reale Daten und keine statistischen Hochrechnungen, weil konkrete, umgesetzte Maßnahmen ansonsten keine Effekte nach sich ziehen. Dieser Umstand reduziert die Zahl der darstellbaren Aspekte für Backnang erheblich, weil solche validen Daten in vielen Bereichen nicht erhoben werden oder nicht erhoben werden können. Zwei Beispiele (Wärmepumpen, Verkehrszahlen) sind im Kapitel „Reduktionsstrategien“ erläutert.

In den Maßnahmensteckbriefen der Klimastrategie sind Kennzahlen aufgeführt, die mit vertretbarem Aufwand erhoben werden können, sollten die Maßnahmen in die Umsetzung kommen. Am Ende dieses Kapitels sind einige Grafikbeispiele aufgeführt, wie sie z.B. auf der Homepage veröffentlicht werden könnten.

Der für Backnang gewählte Ansatz beim Monitoring nimmt nicht nur die Dokumentation von Zahlen in den Blick, sondern auch die geeignete Vermittlung. Dabei gelten drei Grundsätze:

zielgruppenorientierte
Verständlichkeit

Verzicht auf
moralisierende
Kommunikation

Fokus auf erfolgreiche
Maßnahmenumsetzung

Das bedeutet konkret:

- Nutzung verschiedener Informationskanäle, um Menschen zielgruppenspezifisch zu erreichen
- Verwendung einfacher, von jedermann interpretierbarer Grafiken für Sachstände und Entwicklungen
- Verzicht auf die komplexe Berechnung von Szenarien, sofern sie überwiegend auf statistische Werte und/oder Schätzungen beruhen bzw. kein relevanter Wirkzusammenhang zwischen Maßnahme und Veränderung besteht
- Berichterstattung über klimarelevante Maßnahmen, wenn möglich mit Darstellung der quantitativen Effekte und Einordnung in eine Entwicklung

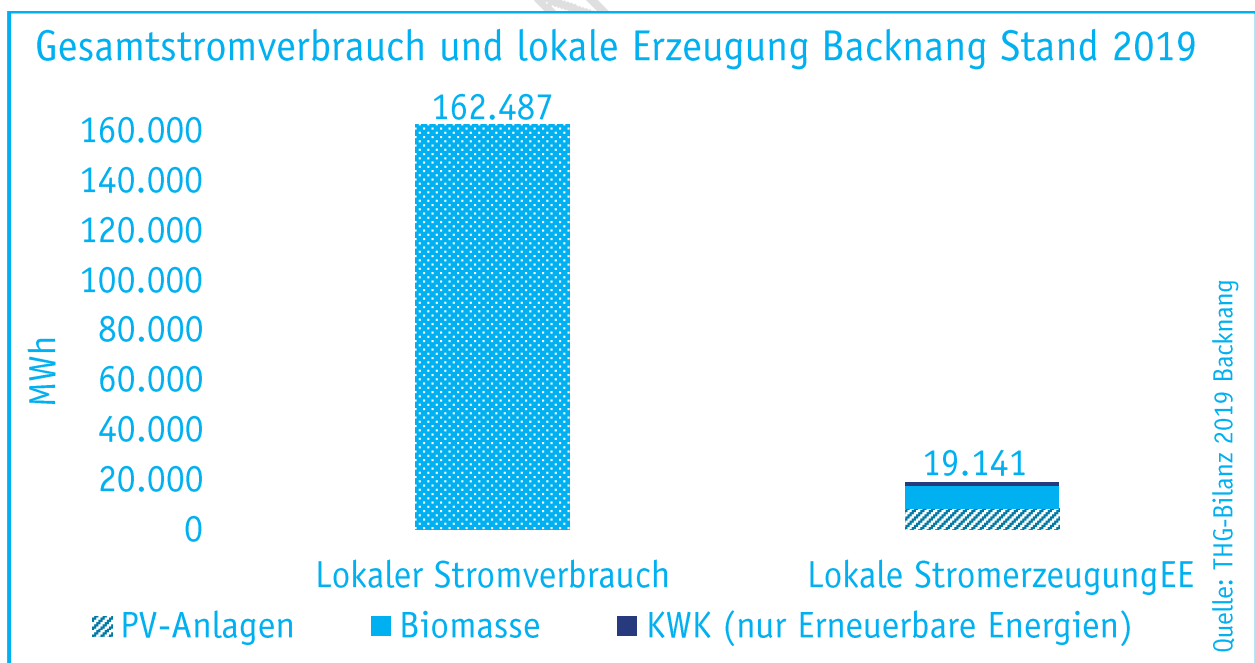
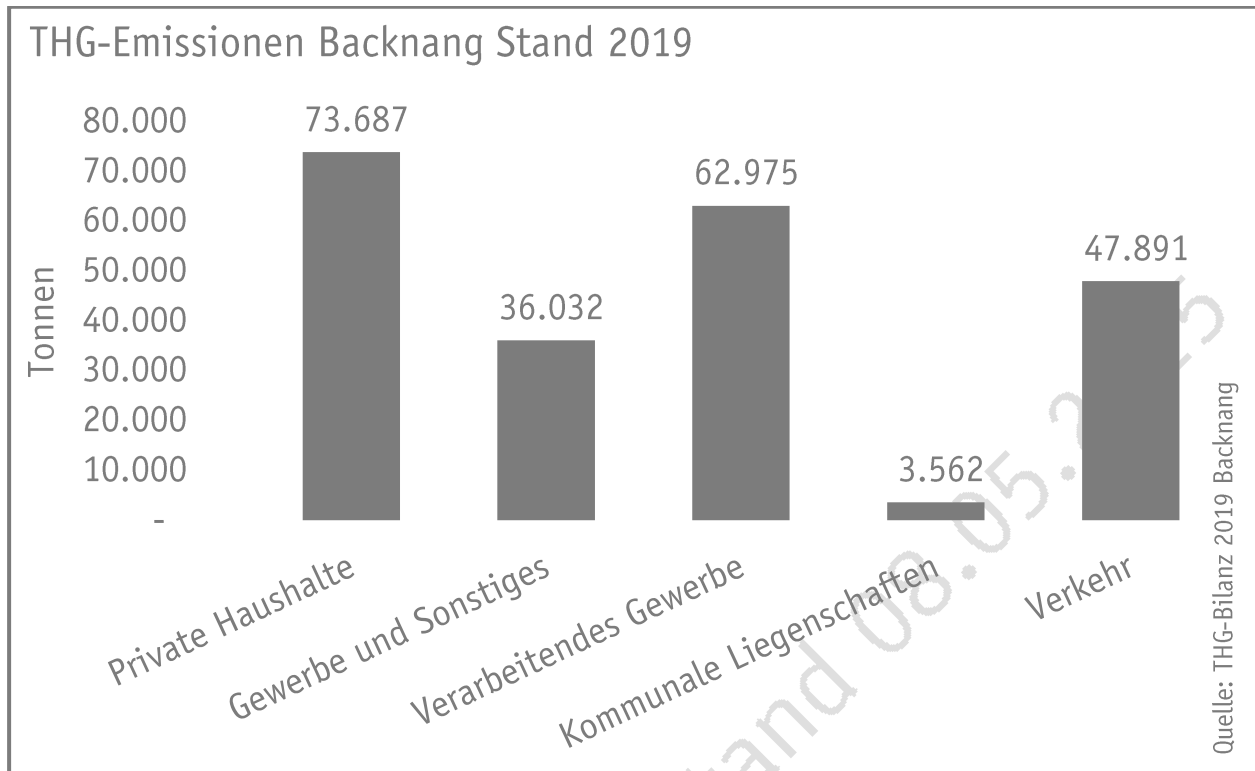
Aktuell werden im Bereich Monitoring nachfolgende Maßnahmen durchgeführt bzw. vorbereitet:

- grafische Darstellung von Entwicklungen (z.B. Solarisierungszahlen) in Vorträgen der Stabsstelle Klimamanagement
- Etablierung der Marke „Gutes Klima Backnang“ und verstärkte Berichterstattung zu klimarelevanten Maßnahmen
- Erstellung eines jährlichen Klima- und Energieberichts, öffentliche Vorstellung im Gemeinderat, Veröffentlichung auf städtischer Homepage
- regelmäßige Erstellung einer THG-Bilanz für Backnang (geplant: 3-Jahres-Rhythmus), öffentliche Vorstellung im Gemeinderat, Veröffentlichung auf städtischer Homepage
- Präsentation ausgewählter Kennzahlen auf den Klimamanagement-Seiten der städtischen Homepage

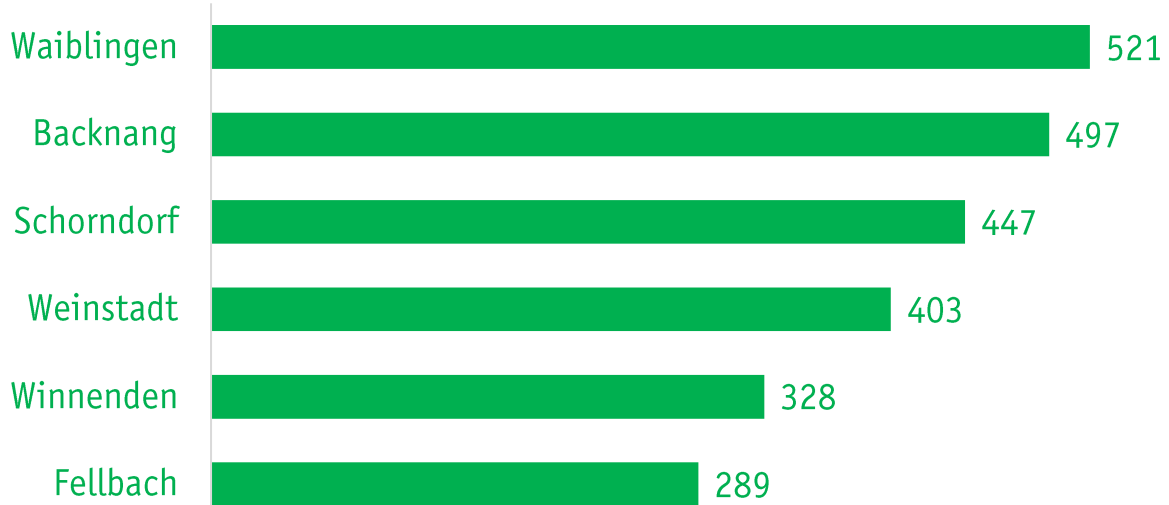
Das regelmäßige Erheben und Dokumentieren von klimarelevanten Kennzahlen soll zunächst ohne den Einsatz einer Software erfolgen. Das ist aufwändig, spart aktuell aber die Anschaffung einer kostenintensiven Software-Lösung, mit der die notwendigen Daten regelmäßig aus den verschiedenen Quellen gezogen und automatisiert in verschiedene Grafiken eingearbeitet werden können. Da die im Klimamanagement vorhandenen Mittel begrenzt sind, wird aktuell auch auf die Einrichtung von Zählstationen an bestimmten Verkehrsknoten verzichtet – auch wenn dadurch die Möglichkeit entfällt, einige Entwicklungen im Bereich der Mobilität zu quantifizieren. Mittelfristig ist es jedoch auch aus verkehrsplanerischer Sicht sehr sinnvoll, feste Zählstationen einzurichten.

Entwicklungen können erst nach und nach aufgezeigt werden, da viele Daten in der Vergangenheit nicht erhoben wurden. Bis dahin müssen teilweise einzelne Bezugsjahre dargestellt werden, auch wenn dies weniger aussagekräftig ist.

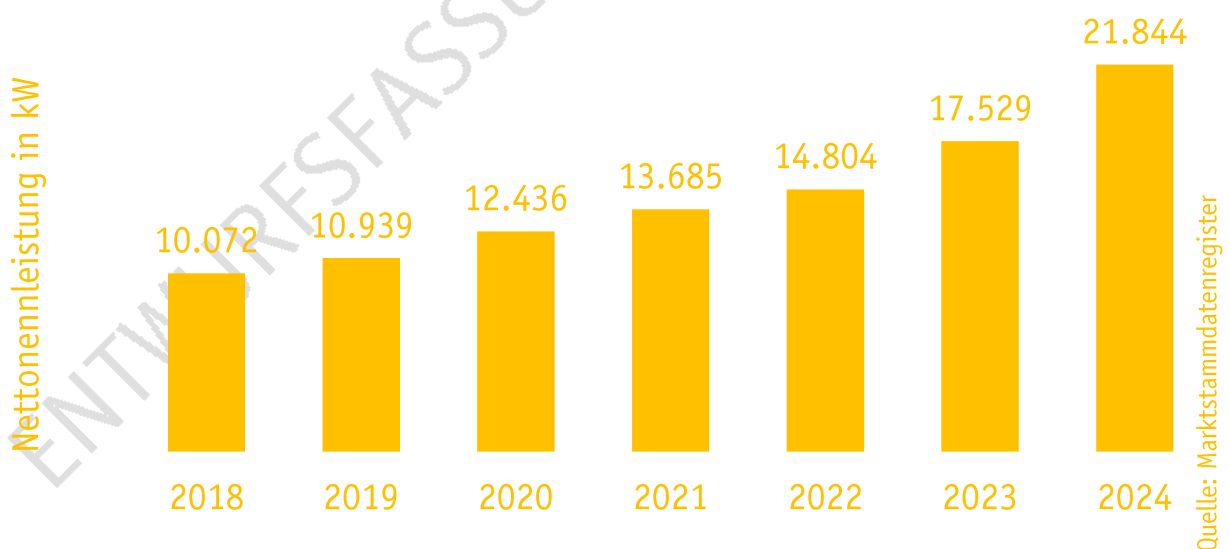
BEISPIELE FÜR DIE DARSTELLUNG KLIMARELEVANTER KENNZAHLEN



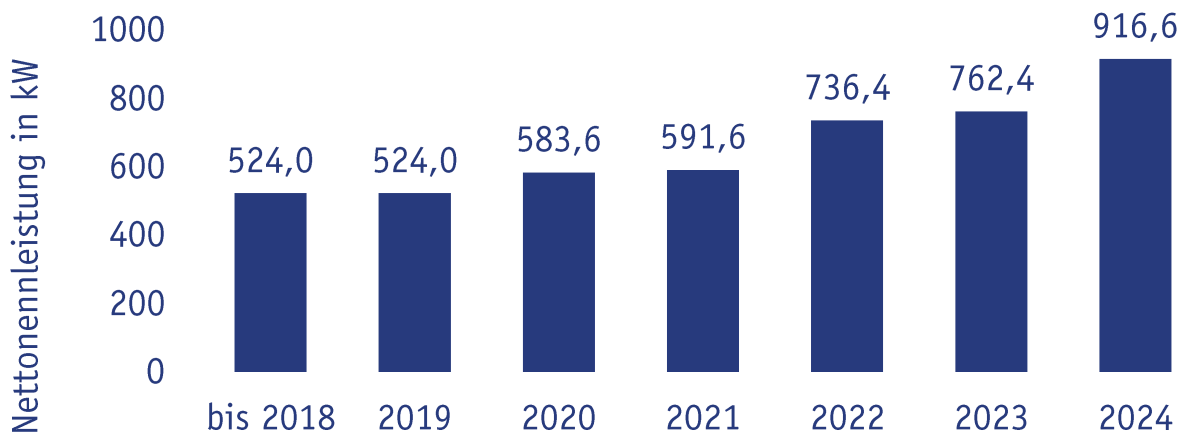
Anzahl registrierte Balkonkraftwerke zum 31.12.2024



Gesamt-PV-Leistung Backnang



Solaranlagen auf kommunalen Dächern



Energieverbrauch kommunale Liegenschaften 2023 (inkl. Straßenbeleuchtung)

Quelle: Energiebericht 2023

Strom

2.047.079 kW

Wärme

11.321.001 kW

Wasser34.635 m³

10. TRANSFORMATIONSTRUKTUREN

Im kommunalen Klimaschutz fallen der Stadtverwaltung verschiedene Aufgaben zu: Sie soll mit Blick auf den eigenen CO₂-Ausstoß vorbildhaft vorgehen, durch regulatorische Maßnahmen Einfluss nehmen, beratend unterstützen, Entwicklungen (insbesondere technologische) fördern, Beteiligungsangebote machen und darüber hinaus motivierend in die Stadtgesellschaft hineinwirken.

Um allen diesen Rollen gerecht zu werden, sind innerhalb der Verwaltung Strukturen nötig, die diese Aufgaben effizient abarbeiten können. Klimaschutz als prioritäre, die Stadtgesellschaft mitnehmende Aufgabe benötigt drei Zielrichtungen:

- Ziel 1: Klimasensibilität wird innerhalb der Verwaltung selbstverständlich gelebt
- Ziel 2: Klimaschutzrelevante Aspekte sind im nach außen wirksamen Handeln berücksichtigt
- Ziel 3: Klimaschutz-Maßnahmen sind durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit als solche für die Stadtgesellschaft erkennbar

Um allen Zielen gerecht zu werden, reicht es perspektivisch nicht aus, eine Stabsstelle zu schaffen. Die folgenden Kapitel nehmen verschiedene relevante Aufgabenträger innerhalb der Verwaltung in den Blick:

10.1 BESCHÄFTIGTE IN DEN ÄMTERN, BETRIEBEN UND EINRICHTUNGEN DER STADTVERWALTUNG

Aktuell haben Aspekte des Klimaschutzes in den einzelnen Ämtern einen sehr unterschiedlichen Stellenwert. Das liegt nicht an einem gegebenenfalls unterschiedlich ausgeprägten persönlichen Interesse der Mitarbeitenden am Klimaschutz, sondern vor allem an gesetzlichen Vorgaben.

Dennoch gibt es in allen Ämtern viele Ansatzpunkte für klimasensibles Handeln und klimasensible Angebote an die Stadtgesellschaft. Um dort wirksam zu motivieren, ideenreich zu beraten und bei der Umsetzung von Maßnahmen, Aktionen oder strukturellen Veränderungen zu unterstützen, sollte die organisatorische Zuordnung der Stabsstelle Klimamanagement überdacht werden.

Klimasensibilität als hochprioritären Aspekt in Abwägungsprozesse einzu-beziehen, bedingt, anderen Aspekten künftig eine nachrangigere Priorität zuzuweisen.

Wichtig ist darüber hinaus, dass seitens der Dezernenten aktiv eingefordert wird, die Stabsstelle bei klimarelevanten Themen noch stärker als bisher einzubeziehen.

10.2 STABSSTELLE KLIMAMANAGEMENT

Neben der organisatorischen Verortung der Stabsstelle ist die inhaltliche Ausgestaltung ein Aspekt, der die Geschwindigkeit des Transformationsprozesses erheblich beeinflusst. In der Regel unterscheiden sich Stabsstellen im Bereich Klimaschutz insbesondere in der Zuordnung von Aufgaben und Befugnissen:

In der „klassischen“ Stabsstelle beschränkt sich die Tätigkeit auf Beratung und Berichterstattung. Gerade bei zusätzlichen, nicht im Arbeitsalltag einer Verwaltung etablierten Themen, muss für diese neuen Herausforderungen zunächst „geworben“ werden, da in den verantwortlichen Ämtern bereits andere Schwerpunkte gesetzt sind.

Ambitionierte Maßnahmenumsetzung mit raschen Reduktionserfolgen sind mit einer „beratenden“ Stabsstelle nur möglich, wenn von übergeordneten Arbeitsebenen sehr konkrete Zielvorgaben formuliert und stringent eingefordert werden.

Das Angehen neuer Aufgaben und die tatsächliche Maßnahmenumsetzung bleibt dabei in der Verantwortung der Amtsleitungen. Sie sind dadurch dem Konflikt ausgesetzt, die vorhandenen Ressourcen neu verteilen zu müssen, ohne andere Aufgaben zu vernachlässigen.

Der „erweiterten“ Stabsstelle sind Aufgaben zugeordnet, die bisher in anderen Ämtern verortet waren, nun aber einen neuen Fokus und/oder eine neue Priorität bekommen sollen. Diese Stabsstellen sind in der Regel auch mit neu entstandenen Aufgaben formal beauftragt und mit den nötigen Befugnissen und personellen Ressourcen ausgestattet. Dadurch herrscht verwaltungsintern Klarheit, für welche Belange die Stabsstelle verantwortlich ist.

Nach gut zwei Jahren seit Einrichtung der Stabsstelle Klimamanagement sollten die bisherigen Erfahrungen in eine Überprüfung des Aufgabenzuschnitts einfließen. Außerdem ist zu bewerten, wie sich die „Wirksamkeit“ in die anderen Ämter hinein entwickelt hat. Idealerweise entsteht dort ein „Klima der Klimasensibilität“ und die Stabsstelle kann perspektivisch aufgelöst werden.

10.3 VERWALTUNGSSPITZE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wichtigste Erfolgsfaktoren für ambitionierten kommunalen Klimaschutz sind **eindeutige und kontinuierliche Signale der Verwaltungsspitze zu Zielen und Erwartungshaltung sowie eine fokussierte Öffentlichkeitsarbeit**. Ohne beides wird die Arbeit der Stabsstelle weder nach innen noch nach außen ausreichend Wirkung zeigen.

In enger Abstimmung zwischen Verwaltungsspitze, Klimamanagement und Pressestelle sollten öffentlichkeitswirksame Aktionen, z.B. im Rahmen von ohnehin stattfindenden Veranstaltungen, zeitlich begrenzte Schwerpunktthemen und die Kommunikation von umgesetzten Maßnahmen strategisch geplant werden. Dabei ist es sinnvoll, diese Aktionen mit einem immer wiederkehrenden Wording zu kommunizieren und ein gemeinsames Label zu verwenden, damit sie für die Stadtgesellschaft als Aktivitäten für den Klimaschutz erkennbar ist.

Wird z.B. die Neupflanzung von Bäumen nicht bewusst mit den Hinweisen „schattenspendender Hitzeschutz für die Bevölkerung“ und „Luftverbesserer“ kommuniziert, steht kritischen Stimmen („schon wieder ein Parkplatz weniger“) kein positiver Aspekt entgegen. Damit ist die Chance vertan, die Notwendigkeit von klimaschützenden Maßnahmen aus der emotionalen Ecke von Verlust und Verzicht zu holen.

Eine überlegte Planung von Maßnahmen und die kontinuierliche Berichterstattung macht nach außen sichtbar, dass die Verwaltung Klimaschutz ernst nimmt und ambitioniert agiert. **Dabei dienen „Erfolgsgeschichten“ als Motivator für eigenes Engagement und dürfen deshalb offensiv formuliert werden.**

Klimaschutz in Backnang muss erkennbar, authentisch und positiv besetzt sein, um zum Mitmachen zu motivieren.

Solche „Erfolgsgeschichten“ wird es in ausreichender Zahl nur geben, wenn der Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzes innerhalb der Verwaltung eine hohe Priorität eingeräumt wird. Hier braucht es stringente Signale der Verwaltungsspitze, z.B. durch Zielvereinbarungen und enger Umsetzungskontrolle. Darüber hinaus sollte den Mitarbeitenden vermittelt werden, dass auch klimasensible Innovationen ausdrücklich erwünscht sind.

10.4 GEBÄUDE- UND ENERGIEMANAGEMENT

Das in der Backnanger Verwaltung etablierte Eigentümermodell ist nur bedingt dazu geeignet, sich effizient mit der neuen Aufgabenstellung des Energiemanagements zu verzahnen. Das Energiemanagement, derzeit noch der Stabsstelle Klimamanagement angegliedert, agiert zentral und ist mit Schnittstellen in vier Fachämter (Hauptamt, Kultur- und Sportamt, Amt für Familie, Jugend und Bildung, Hochbauamt) sowie in die Kämmerei konfrontiert. Dadurch entsteht ein erheblicher Abstimmungsaufwand. Vor dem Hintergrund, dass nicht nur im Energiebereich, sondern in allen Bereichen des Gebäudemanagements immer mehr aktuelles, hochtechnisches Fachwissen nötig ist, sollte diese organisatorische Verortung überprüft werden.

Aus Sicht der Stabsstelle sind die erwarteten, ambitionierten Energieeinsparungen im Bereich der technischen Gebäudeausstattung nicht realisierbar ohne eine Zentralisierung der Arbeitsstrukturen, die zu einer spürbaren Reduzierung der Schnittstellen führt.

Fundiertes Fachwissen bei Konfiguration, Kauf und Betrieb von Energieerzeugungsanlagen ist ebenfalls ein wichtiger Baustein, um den Vorgaben einer klimaneutralen Verwaltung gerecht zu werden. Für einige dieser Aufgaben fehlen noch definierte Verantwortlichkeiten.

Mit einem kontinuierlichen Monitoring der Photovoltaik- und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der fachlich fundierten Überprüfung der erzeugten Leistungen, Einspeisevergütungen und Abrechnungen kann die Wirtschaftlichkeit von Energieerzeugungsanlagen deutlich optimiert werden, eine unzureichende Wahrnehmung dieser Aufgaben führt zu Einnahmeausfällen.

Ein zukunftsweisendes Modell für das Gebäude- und Energiemanagement ist die Schaffung einer zentralen Verwaltungseinheit, in der alle Facetten abgebildet sind: das kaufmännische, technische und strukturelle Gebäudemanagement sowie das Energiemanagement.

11. FAZIT UND AUSBLICK

In den vorliegenden Ausführungen wird an vielen Stellen deutlich, wie unbefriedigend die Rahmenbedingungen für das Engagement in eine klimasensible Stadt und Stadtgesellschaft sind:

- Der Nutzen einzelner Maßnahmen kann in der Regel nicht vorab berechnet werden und ist von vielen, oft nicht im Backnanger Einflussbereich liegenden Faktoren abhängig.
- Die Stadtverwaltung hat in vielen Bereichen nur einen sehr begrenzten Einfluss auf den Transformationsprozess
- Der „Effekt“ einer umgesetzten Maßnahme ist meistens nicht zu sehen und lässt sich auch oft nicht quantifizieren.
- Viele Maßnahmen sind „Langläufer“ und müssen über viele Jahre hinweg betrieben werden (z.B. Ausbau der Wärmenetze)
- Begrenzte Personal- und Finanzmittel beschränken nicht nur den Handlungsspielraum der Stadtverwaltung, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger (Handwerkermangel, Sanierungs- und andere Investitionskosten,...)

Ungeachtet dieser Problemstellungen ist es an vielen Stellen möglich, als Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft aktiv zu werden. Dies zeigen die vielen passgenau für Backnang entwickelten Maßnahmenvorschläge. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt der Backnanger Klimastrategie.

Dem Gemeinderat obliegt es nun, Prioritäten zu setzen und gemeinsam mit der Verwaltung Ressourcen für die Umsetzung verfügbar zu machen. Das ist kein einmaliger Prozess, sondern eine Aufgabe, die Backnang viele Jahre begleiten wird. Dabei ist wichtig, mit der nötigen Flexibilität auf Trends, technische Innovationen und rechtliche Rahmenbedingungen zu reagieren und Chancen, die sich trotz aller Begrenztheit der Mittel auftun, auch mutig zu nutzen.

Mit der Backnanger Klimastrategie in der vorliegenden Form geht Backnang einen pragmatischen Weg für mehr konkreten Klimaschutz.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates werden die Maßnahmensteckbriefe laufend fortgeschrieben und einmal jährlich in den Gremien vorgestellt. Wo für die Umsetzung von Maßnahmen gemeinderätliche Entscheidungen erforderlich sind, erfolgt die Gremieneinbringung mit Verweis auf die Backnanger Klimastrategie.

ANLAGEN

- MASSNAHMENSTECKBRIEFE
- BACKNANGER KLIMAEMPFEHLUNG
- THG-BILANZ